

Samstag, 21. Mai 2022 [Hemmingen](#)

Stadt weist Kritik von Flüchtlingsrat zurück

Kontroverse um neue Gebühren für Gemeinschaftsunterkunft im Gewerbegebiet

Von Andreas Zimmer



Muss saniert werden: Seit 2016 ist das frühere Bürogebäude nun schon Flüchtlingsunterkunft. Foto: Andreas Zimmer

Hemmingen. Die Gebühren für die Unterbringung von Flüchtlingen in Hemmingen sind derzeit ein Aufregerthema. Die Stadt will eine neue Satzung verabschieden und die Gebühren senken. Das Hemminger Netzwerk für Flüchtlinge kritisiert hohe Kosten für die Bewohner, der Flüchtlingsrat Niedersachsen spricht von einer „verfehlten Aufnahme-politik“.

► Worum dreht es sich bei der Gebührensatzung?

Kommen in der Gemeinschaftsunterkunft an der Heinrich-Hertz-Straße im Hemminger Gewerbegebiet Flüchtlinge oder Obdachlose unter, müssen diese dafür eine Gebühr zahlen. Haben sie kein eigenes Geld, kommen Region oder Jobcenter dafür auf. Wenn sie ein eigenes Einkommen haben, müssen sie einen Anteil dafür verwenden.

► Warum ist die Satzung umstritten?

Das Hemminger Netzwerk für Flüchtlinge verweist unter anderem darauf, dass bei einer Gehaltserhöhung [die Gebühr das zusätzliche Geld schlichtweg auffresse](#). Damit würden Menschen demotiviert zu arbeiten. Die Bündnisgrünen und die Linke im Rat der Stadt lehnten die Satzung in der Ratssitzung auch ab. Die CDU verwies darauf, dass zurzeit von 102 Flüchtlingen in der Unterkunft nur sechs ein eigenes Einkommen hätten. „Wir gehen also keinen unsozialen Sonderweg“, sagte Fraktionschef Ulf Konze.

► **Wie hat der Rat abgestimmt?**

Die Mehrheit stimmte für die neue Gebühr ab Juli. Sie sinkt von 930,94 Euro pro Platz im Monat auf 490,22 Euro, unter anderem wegen der [Containeranlage, die zurzeit auf dem Hof an der Unterkunft entsteht](#). Zwei Ratsmitglieder stimmten gegen die neue Gebühr (Grüne und Linke), vier Mitglieder enthielten sich, darunter auch Grüne.

► **Im Sozialausschuss befürworteten die Grünen die Satzung noch. Warum der Sinneswandel?**

Elisabeth Seiler (Grüne) erläuterte im Rat, ihr sei nicht bekannt gewesen, dass die Stadt mehr Spielraum habe. Deswegen solle der Rat nachbessern und zum Beispiel mehr soziale Aspekte berücksichtigen. Ulf Konze (CDU) warnte: „Wenn wir die Gebühr senken, entlasten wir andere Träger.“

► **Was kritisiert der Flüchtlingsrat Niedersachsen?**

Er wirft der Stadt eine „verfehlte Aufnahmepolitik“ vor, indem sie für eine Unterkunft in Mehrbettcontainern im Gewerbegebiet fast 500 Euro pro Person und Monat verlangt. Sie nehme den Flüchtlingen die Motivation zu arbeiten. Muzaffer Öztürkyilmaz, Referent der Geschäftsführung beim Flüchtlingsrat, sagte: „Nach der Logik der Stadt Hemmingen müssen möglichst viele Geflüchtete möglichst lange in der Sammelunterkunft leben, damit die Stadt nicht auf ihren Kosten sitzen bleibt. Das ist das Gegenteil von einer Politik, die auf Integration und Teilhabe zielt.“

In Containern dürften Menschen nur „in absoluten Ausnahmefällen und nur für kurze Zeit“ wohnen. Obwohl das Wohnen in Containern nicht im Ansatz mit dem Leben in einer eigenen Wohnung vergleichbar ist, übersteige die Höhe der Gebühr die ortsüblichen Vergleichs-

miete im Hinblick auf den Quadratmeterpreis und der in Privatwohnungen üblichen Ausstattung um ein Vielfaches. Zudem sei die Kalkulation der Gebühren fehlerhaft und mit der Rechtslage nicht vereinbar. So dürften zum Beispiel. Kosten für den Sicherheitsdienst, der dem Objektschutz dient, nicht den Bewohnern in Rechnung gestellt werden.

► Was sagt die Verwaltung?

Sie bezeichnet die Satzung als ausgewogen und „auch im Vergleich mit anderen Satzungen desselben Zusammenhangs verhältnismäßig“. Die Satzung sehe die Gemeinschaftsunterkunft „ausdrücklich als vorübergehende Unterbringungsmöglichkeit vor“. In den vergangenen zwölf Monaten seien 44 Bewohner aus der Unterkunft ausgezogen, für neun sei dies geplant. Die Containeranlage diene dazu, die „Wohnqualität“ für die Bewohner in der Gemeinschaftsunterkunft „erheblich zu verbessern“. Die Container sollten die bisherige Unterkunft ersetzen, doch wegen der hohen Flüchtlingszahlen erwäge die Stadt, das Gebäude zu sanieren. Miete für Wohnungen und die Gebühr für die Gemeinschaftsunterkunft seien nicht vergleichbar. Die Stadt erhebe die Gebühr nach „betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten“, und darunter fallen auch Kosten für die Sicherheit der Unterkunft.